

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 24.04.2024
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Frau Melanie Bihlmaier

Frau Maite Galagorri

Frau Andrea Geiger

Herr Alexander Groll

Herr Markus Hofmann

Herr Helmut Ott

Frau Jessica Lauren Passler

Herr Matthias Pflüger

Herr Hans-Peter Reuter

Schriftführerin

Fräulein Janina Köhler

Gast

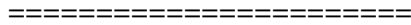
Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Tagesordnung



- 1** Arbeitsmarktbericht - Frau Claudia Prusik, Agentur für Arbeit und Herr Thomas Koch, Job-center Ostalbkreis
- 2** Bedarfsplanung 2024/2025 für die Kindertagesbetreuung in Schwäbisch Gmünd
- 3** Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ – Innovative Mobilität
- 4** Bekanntgaben
- 5** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Arbeitsmarktbericht - Frau Claudia Prusik, Agentur für Arbeit und Herr Thomas Koch, Jobcenter Ostalbkreis

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Frau Prusik (Vorsitzende der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit) und Herrn Koch (Geschäftsführer des Jobcenters Ostalbkreis) und führt in den Sachverhalt ein. Er erläutert, dass die wirtschaftliche Situation, damit einhergehende Insolvenzen und auch die steigende Arbeitslosigkeit der Stadtverwaltung zunehmend Sorgen bereiten würden.

Frau Prusik bedankt sich für die Einladung und präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadträtin Heusel/SPD fragt, ob die ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aufgrund des zurückgehenden Anteils an Arbeitsplätzen sowie des niedrigen Ausbildungsniveaus tatsächlich zunehmend von der Arbeitslosigkeit betroffen seien.

Frau Prusik bejaht dies und erläutert, dass der Rückgang der Arbeitsplätze unter anderem auf die steigende Zahl von Zeitarbeitsfirmen zurückzuführen sei.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man in Schwäbisch Gmünd ein zu geringes Angebot an Stellen für gering qualifizierte Personen habe. Diese Personen würden in der Arbeitslosigkeit verharren und sich beim Jobcenter melden.

Frau Prusik äußert, dass die Agentur für Arbeit sowie das Jobcenter Maßnahmen anbieten würden, um Personen zu qualifizieren. Die beste Möglichkeit sei es, den Personen den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern und durch Teilqualifizierungen einen Berufsabschluss zu erzielen. Bei den angebotenen Maßnahmen fehle es stets an der Betriebsbindung.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass in Schwäbisch Gmünd eine Besonderheit vorliege. Es gäbe derzeit zwei Neuerungen. Die eine Neuerung sei, dass der Anteil der ausländischen Arbeitslosen auf fast 50 % gestiegen sei und die zweite Neuerung sei, dass die Arbeitslosen mit türkischen Wurzeln die ukrainischen Arbeitslosen abgelöst hätten. Bisher seien die ukrainischen Arbeitslosen an erster Stelle gewesen, gefolgt von den türkischen und den syrischen Arbeitslosen. Die aktuelle Entwicklung liege daran, dass mehr Ukrainerinnen und Ukrainer in den Arbeitsmarkt einfinden würden, als türkische Bürgerinnen und Bürger.

Stadtrat Fritz/s.Ö.L. fragt nach, ob es sich hierbei um türkische Zuwanderinnen und Zuwanderer aus jüngerer Zeit handle oder ob diese schon länger hier leben würden. Er fragt außerdem, wer von diesen Personen noch in einem Sprachkurs sei, welcher ja durchaus zwei Jahre in Anspruch nehmen könne.

Frau Prusik antwortet, dass ein hoher Anteil frisch arbeitslos geworden und früher in Arbeit gewesen sei. Zudem handle es sich vermehrt um Frauen, für welche man sich gemeinsam bereits Gedanken mache, wie man auch diese in Arbeit bringe. Man müsse auch die Überzeugung bei den Männern wecken und allen Arbeitslosen verdeutlichen, dass Arbeit wichtig sei. Es seien auch verschiedene Veranstaltungen zu diesen Themen geplant. So finde am 15. Mai 2024 beispielsweise ein Netzwerktreffen der Alleinerziehenden in Schwäbisch Gmünd statt, welches nicht nur für ausländische Alleinerziehende angedacht sei. Es sei auch durchaus ein Thema, wie man hoch qualifizierte Personen, die alleinerziehend sind, wieder gut auf den Arbeitsmarkt bringe. Am 17. Juli 2024 finde in der Diakonie ein Frauenfrühstück aller Kulturen statt, bei welchem unter anderem das Thema Wiedereintritt in den Beruf behandelt werde.

Herr Koch fügt hinzu, dass letztes Jahr die größte Gruppe in der LEA aus türkischen Personen bestanden habe. Vor Jahren habe man bereits versucht, türkische Frauen an den Arbeitsmarkt zu bekommen. Das größte Problem sei die Sprachbarriere. Es gäbe Fälle, in welchen die Frauen trotzdem in den Arbeitsmarkt integriert wurden, dies dann jedoch aufgrund des unterschiedlichen Rollenverständnisses gescheitert sei. Vor allem bei Frauen über 50 stelle das Thema Rollenverständnis eine Schwierigkeit dar. Ein Grund hierfür sei, dass die Frauen in ihrem Heimatland bereits mit 50 in Rente gehen würden. Zu brechen sei dieses Rollenbild kaum.

Stadträtin Von Streit/Bündnis 90/Die Grünen berichtet, dass sie selbst derzeit im Sprachunterricht tätig sei und beobachten würde, dass dieser von sehr wenigen türkischen Schülerinnen und Schülern besucht werde. In Bezug auf die geschilderte Situation in Bezug auf die unterschiedlichen Rollenbilder könne sie beobachten, dass ukrainische Frauen sehr motiviert seien.

Herr Koch äußert, dass es nicht an der Motivation liegen würde, sondern eher das Thema Rente ein Problem darstelle. Die Frauen würden teilweise fragen, ob sie denn wirklich in dem Alter noch arbeiten müssten. Grundsätzlich seien die Ukrainerinnen und Ukrainer aber sehr motiviert und wissbegierig.

Stadträtin Heusel/SPD führt an, dass es ihr sehr wichtig sei, eine saubere Analyse vorliegen zu haben. Sie fragt, wie es mit dem Rückgang an Arbeitsplätzen aussehe. Man bekomme aus der Presse häufig mit, dass Unternehmen vorsichtiger mit dem Thema Einstellungen umgehen würden und dass teilweise nur noch auf Zeit eingestellt werde. Sie möchte wissen, worauf diese Entwicklungen zurückzuführen seien.

Frau Prusik verweist auf die Stellensituation im Geschäftsstellenbezirk Schwäbisch Gmünd in der Präsentation und erklärt, dass die Stellensituation des Geschäftsstellenbezirks gezeigt werde, da die Zahlen der Stadt Schwäbisch Gmünd allein zu niedrig ausfallen würden und die Statistik keine Zahlen hergebe. Die Zahlen würden sich aber so auch in der Stadt widerspiegeln.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es zuerst die gering qualifizierten Personen treffe, wenn die Konjunktur schlecht sei. Danach treffe es die, die in Zeitarbeit seien und dann die, die im verarbeitenden Gewerbe tätig seien. Hinzu komme eine Rekordverrentung in den Firmen. Die Situation würde noch viel schlechter aussehen, wenn all die, die in Rente gehen, noch dabei blieben. Diese Rekordverrentung und den Anstieg in der Arbeitslosigkeit müsse man schon beachten. Das bedeute für diejenigen, die weiterarbeiten eine Erhöhung der Arbeitsintensität und diese Arbeit müsse auf weniger Menschen verteilt werden, da die Kohorten kleiner würden.

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass wir laut der Statistik 900 offene Stellen hätten. Wenn man diese besetzen könne, würde es wieder gut ausschauen. Bei den offenen Stellen habe man jedoch das Problem, dass die Stellen für Fachkräfte nicht besetzt werden könnten, da die Fachkräfte fehlen würden. Von den vielen Erwerbslosen könne man diese nicht besetzen. Die 215 Helferstellen seien oft nicht attraktiv genug, da sich viele Fragen, weshalb sie arbeiten sollten, wenn sie als Arbeitslose gleich viel Geld bekommen würden. Dies sei ein bundesweites Problem. Die Stellen, welche von der Frühverrentung betroffen seien, würden oft auch nicht mehr nachbesetzt werden. Er berichtet, dass er derzeit einen jungen, syrischen Praktikanten betreue. Dieser sei sehr tüchtig und motiviert, müsse aber dringend an seiner Sprache arbeiten. Hier müsse man vielleicht etwas am System ändern, dass diese Personen schneller die Sprache erlernen können.

Frau Prusik sagt, dass es auch die Möglichkeit eines Berufssprachkurses während der Arbeit gäbe.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass dies eine wichtige Neuerung darstelle. Wenn man im Beruf beginne, bekomme der Arbeitgeber eine Förderung, dass der Spracherwerb ermöglicht werde. Hierunter falle beispielsweise der Job-Turbo.

Frau Prusik erklärt, dass man Arbeit und Sprache parallel fördern müsse. Nur mit einem weiteren Spracherwerb seien die Personen nachher für die Arbeitgeber und auch die Kundschaft geeignet.

Oberbürgermeister Arnold fasst den Sachverhalt abschließend zusammen. Die Arbeitslosigkeit steige, wobei die meisten einen ausländischen Pass hätten und gering qualifiziert seien und man habe zu wenige Stellen für gering qualifizierte Personen. Die müsse man so festhalten, da man in der Kommunalpolitik Rahmenbedingungen schaffe, wie diese Situation verbessert werden könnte.

Herr Koch präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold fragt, was man nun tue, um die sprachliche und berufliche Weiterentwicklung zu fördern.

Herr Koch antwortet, dass Sprachkurse parallel zur Beschäftigung angeboten werden würden. Es müsse sich hierbei immer um drei Teilnehmende handeln, die dann aus dem Betrieb gemeinsam an diesem Kurs teilnehmen. Allerdings sei Voraussetzung, dass ein Integrationssprachkurs absolviert wurde, was eine Hürde darstelle.

Oberbürgermeister Arnold erzählt von einem Programm in Flandern, welches über die Regierung gefördert werde. Dort werde gezielt die sprachliche Weiterbildung gefördert, wenn man einen Job habe, beispielweise mithilfe von Konversationskursen über die Mittagspause, zum Teil über Ehrenamtliche. Dort sei es egal, ob zuvor ein Integrationskurs besucht wurde oder nicht. Man wolle die Sprache möglichst schnell vermitteln. Früher seien viele auf eine Abendschule gegangen, dies sei aber jetzt aus der Mode gekommen und werde als unzumutbar bezeichnet. Die Maßnahme des Job-Turbos zu ermöglichen und gleichzeitig alle Handbremsen zu ziehen gehe nicht. Man müsse alles nutzen, was der Sprachförderung diene.

Herr Koch stimmt Herrn Oberbürgermeister Arnold zu.

Oberbürgermeister Arnold verweist auf die Übersicht der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Präsentation. Man sehe, dass man hier gleichbleibend bei 2800 Leistungsberechtigten liege. Hier sei es spannend, dort anzusetzen und von diesen

2827 Menschen die Leute, die wirklich erwerbsfähig seien, zu motivieren, in den Arbeitsmarkt zu gehen. Man brauche diese Leute und es mangle nicht an Angeboten oder an Geld, um sie zu qualifizieren. Es brauche eine gesellschaftliche Anstrengung. Unter diese 2827 Erwerbsfähigen fielen natürlich auch Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, es gebe aber auch andere Personen, bei denen einfach der Anreiz fehle.

Stadträtin Heusel/SPD fragt, inwieweit aktuell Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, wie diese angenommen werden würden und wie die Zusammenarbeit mit den Firmen aussehe.

Frau Prusik antwortet, dass das Jobcenter Aalen, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter Heidenheim gemeinsam mit Arbeitgebern mithilfe der Bildungserkenntnisse der „Future-Skills“-Studie jährlich eine Bildungszielplanung erarbeitet. Man solle sich viel öfter die Frage stellen, welche „Future Skills“ und auch Soft Skills in Zukunft gebraucht werden. Die Planung sei im Internet abrufbar und werde auch den Bildungsträgern zur Verfügung gestellt. Der wichtigste Ansatzpunkt sei, mit den Firmen gemeinsam zu überlegen, was benötigt werde und dann die bestehenden Mitarbeiter zu qualifizieren und für die Zukunft fit zu machen.

Stadtrat Sopp/CDU fragt, was die Stadtverwaltung tun könne, um die aktuelle Situation zu verbessern. Wichtig sei für ihn vor allem, Angebote für die Firmen mithilfe von Flächen zu schaffen. Im Gremium sei jedoch jede Diskussion über Gewerbegebiete geprägt von Argumenten, bei welchen vieles anderes wichtiger sei, als Arbeitsplätze zu schaffen. Jeder Arbeitslose sei einer zu viel.

Herr Koch sagt, man werde dieses Jahr die Eintritte zur Qualifizierung im Vergleich zum Jahr 2023 mindestens um die Hälfte steigern können. Qualifizierungsberatung sei eine Kernaufgabe in Betrieben und bei Arbeitslosen. Jedes Mal müsse ein Einzelgespräch geführt werden. Man habe eine Maßnahme ins Leben gerufen, die sich Talentsuche nenne. Man müsse diese nur fünf bis sechs Wochen besuchen und das Ziel sei die Qualifizierung. Qualifizierung sichere auf Dauer vor Arbeitslosigkeit.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass Vereinfachung ein guter Ansatz sei. Es mangle jedoch an Sprachlehrern.

Herr Koch bestätigt den Mangel an Sprachlehrern.

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass in Schwäbisch Gmünd Turbo-Sprachkurse angeboten werden würden, wodurch sich die betroffenen Personen schnell von Null auf das Sprachniveau B1 verbessern könnten. Man habe auch die Technische Akademie ins Boot geholt. Die Maßnahme Job-Turbo werde mit zwei angezogenen Handbremsen angeboten. Eine sei die Vorgabe, dass zuerst ein Integrationskurs besucht werden müsse und die andere sei, dass mindestens drei einer Art zusammenkommen müssten, dass überhaupt etwas zustande komme. Er fragt sich, warum man dies nicht lockern und so den Spracherwerb mehr fördern könne.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen fragt, wie oft jemand aus dem türkischen oder arabischen Kreis in einen Sprachkurs gehe beziehungsweise wie oft ein solcher Sprachkurs stattfinde.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen berichtet, dass der Integrationskurs jeden Vormittag stattfinde und vier Unterrichtsstunden umfasse.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass die städtischen „Turbo-Sprachkurse“ montags, mittwochs und freitags von 17:30 Uhr bis 21:00 Uhr stattfinden würden.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. fragt, wie sich die Zahl von Jugendlichen entwickelt habe, die Ausbildungen abbrechen. Ihn interessiere die Entwicklung über die letzten Jahre.

Frau Prusik antwortet, dass sie keine genauen Zahlen nennen könnte. Die Zahlen seien aber relativ konstant und niedrig. Hier werde aktiv mit den Berufsschulen zusammengearbeitet. So könnten oft die Gründe ermittelt werden, weshalb Jugendliche ihre Ausbildung abbrechen möchten und beraten werden, welche Ausbildung in Frage kommen würde.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass 2,5 Millionen Personen zwischen 18 und 34 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung hätten. Diese Gruppe stelle ein großes Potenzial für den Arbeitsmarkt dar. Er bedankt sich abschließend für die engagierte Diskussion und bedankt sich bei Frau Prusik und Herrn Koch.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Bedarfsplanung 2024/2025 für die Kindertagesbetreuung in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 049/2024

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Arnholdt, Frau Bihlmaier und Frau Geiger.

Herr Arnholdt und Frau Bihlmaier präsentieren den Sachverhalt. (siehe Anlage)

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass es sich um 2700 Kinder handle, die in 57 Einrichtung betreut werden. Von diesen Einrichtungen seien 16 städtisch. Er lobt die kirchlichen und privaten Träger, ohne die der Betreuungsbedarf nicht gedeckt werden könne.

Stadtrat Krieg/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die ausführliche Präsentation und äußert, dass er sehr dankbar sei, dass er im fünften Jahr in Folge für seine Fraktion zum Bedarfsplan Stellung nehmen dürfe. Er sei der Meinung, dass die Bedarfsplanungssatzung nach der Haushaltssatzung die wichtigste Satzung sei, die im Gremium beschlossen werde. Er wolle keine Haushaltsrede halten, aber die Fraktion habe von unterschiedlichen Quellen Informationen eingeholt und zusammengetragen. Die Vorlage enthalte gleich zu Beginn die wichtigste Zahl, nämlich 19 Millionen. Diese gebe man als Fraktion gerne für den Betrieb der Kindergärten aus. Die wichtigsten fünf Botschaften seien zum einen, dass die Geburtenzahlen weiterhin ansteigen würden, was bedeute, dass Schwäbisch Gmünd attraktiv für Familien sei. Die zweite Botschaft sei, dass Schwäbisch Gmünd bereits seit über 20 Jahren den Rechtsanspruch auf die Betreuung von Kindern Ü3 erfülle und auch weiterhin erfüllen werde. Trotz steigender Geburtenzahlen habe man in den vergangenen drei Jahren

immer allen Kindern einen Betreuungsplatz zur Verfügung stellen können. 52 ukrainische Kinder unter sechs würden derzeit in den Einrichtungen betreut werden und es seien 117 neue Betreuungsplätze geschaffen worden. Man sei froh und dankbar, dass es beim Kinderhaus Kunterbunt endlich losgegangen sei. Das Gebäude der alten Rauchbeinschule sei abgerissen und der Umzug in die Krähe habe stattgefunden. Die Betroffenen seien äußerst zufrieden. In Rehnenhof/Wetzgau habe man derzeit Druck wegen des Kindergartens St. Koloman. Man würde es begrüßen, wenn man die Interimslösung, welche derzeit gesucht werde, auch nach der Sanierung des St. Kolomans weinternutzen würde, da Rehnenhof/Wetzgau eine steigende Zahl an Kindergartenbedarfsplätzen aufweisen würde. Der Jurtenkindergarten werde gut angenommen und es werde sogar eine zweite Gruppe eingerichtet. In Bargau sei er froh, dass es hier zu einer Zusammenarbeit mit der Kirche gekommen sei und man hier eine langfristige Lösung schaffen könne. Die Fraktion sei außerdem froh, dass die Thematik in Zimmern angegangen worden sei und dass es hier nun auch gut laufe. Vor fünf Jahren sei man noch bei zwölf Millionen gewesen, jetzt habe man sich konsequent erhöht und sei bei 19 Millionen angekommen. Er habe vor fünf Jahren noch regelmäßig die Little-Bird-Lösung kritisiert, er sei aber der Meinung, dass sich dieses Programm gut weiterentwickelt habe und auch von den Leiterinnen und Leitern mittlerweile gut angenommen werde. Ein weiterer Punkt, welchen er vor fünf Jahren kritisiert habe sei, dass das Thema immer recht spärlich auf der städtischen Homepage dargestellt worden sei. Mittlerweile sei dies nicht mehr der Fall und es seien auch verschiedene Sprachen verfügbar. Ein weiterer Kritikpunkt sei gewesen, dass man bei der Aufstellung neuer Planungen für Baugebiete die Kinderbetreuung nicht berücksichtigt habe. Dies habe man beispielsweise bei den Fehrle-Gärten sehr gut gelöst. Früher seien die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nicht zu den Spatenstichen eingeladen worden, auch dies habe sich geändert und man werde nun regelmäßig eingeladen. Das Verhältnis zum Elternbeirat habe sich deutlich verbessert. Das Thema des Rechtsanspruchs, welches dieses Mal ausführlich in der Präsentation beschrieben sei, sei ihm noch ein Anliegen, da dieser sich nie auf den Wohnort beziehe. Dies sollte man seiner Meinung nach auch regelmäßig den Bürgerinnen und Bürgern mitteilen. Es sei nicht jedem klar, dass sich dieser Rechtsanspruch auf den gesamten Stadtbezirk beziehe. Vom Verwaltungsgerichtshof sei bestätigt worden, dass bis zu 30 Minuten als zumutbar angesehen werden würden. Die CDU wolle nochmals Danke sagen an alle Erzieherinnen und Erzieher und sich auch bei Frau Stöckle dafür bedanken, dass so ein nahtloser Übergang zu Frau Bihlmaier stattgefunden habe. Man habe diese Übergangszeit gar nicht bemerkt. Die CDU wünsche Frau Bihlmaier, dass sie immer die notwendige Flexibilität an den Tag lege und bittet darum, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte immer auf dem Laufenden zu halten. Er empfehle dem neugewählten Gemeinderat, den aktuellen Weg so weiterzugehen und in enger Abstimmung zusammenzuarbeiten. So könne das notwendige Betreuungsangebot bereitgestellt werden und es habe auch positive Auswirkungen auf die Stadt als Wirtschaftsstandort. Abschließend habe die Fraktion noch fünf Fragen. Vergangene Woche sei eine Umfrage veröffentlicht worden, dass 85 % der Leiterinnen und Leiter von Kinderbetreuungseinrichtungen der Meinung seien, dass sich das Thema Nachwuchs und Personalmangel weiterhin verschärfe. Er frage, wie man hierauf in Schwäbisch Gmünd reagiere. Zudem frage er, wie die PIA-Offensive angenommen werde und welche Formen hier angeboten werden würden. Man habe gelesen, dass es eine Kooperation mit den Schwimmvereinen gebe. Die Frage sei, ob diese Kooperation nur für städtische Einrichtungen gelte und wie das Angebot aussehe. Konkret sei gefragt worden, ob hier Seepferdchen möglich seien. Eine weitere Frage sei, wie viele Kinder an der Turni-Tobe-Halle teilgenommen haben und die letzte Frage sei, ob die

Qualitätsstudie weitergeführt werde und wann die aktuellen Ergebnisse vorgestellt werden würden.

Herr Arnholdt antwortet, dass man, was den Personalbedarf angehe, in einer besseren Situation sei, als vom Landtag veröffentlicht wurde. Man sei etwas entspannter, was nicht heiÙe, dass man in Schwäbisch Gmünd eine herausragende Situation vorfinde. Man spüre, dass man den Bewerberinnen und Bewerbern einen attraktiven Arbeitsplatz bieten müsse, ansonsten könne man das Personal nicht halten. Man sei bemüht, gemeinsam mit dem Hauptamt und dem Personalrat, die Stellen schnell zu besetzen. Es komme trotzdem auch vor, dass aufgrund von Langzeiterkrankungen oder auch Elternzeiten, kurze Betreuungslücken entstehen. Bei der PIA-Offensive habe man bereits zwei Jahrgänge gehabt (2022-2025 und 2023-2026) und das Angebot werde gut angenommen. Für die Auszubildenden sei die PIA sehr herausfordernd. Man sei im Moment gut aufgestellt, wozu auch der Direkteinstieg seinen Beitrag leiste. Man bekomme positive Rückmeldungen aus den Häusern. Frau Wendel sei da gewesen und habe das Programm des Schwimmverbands namens Schwimmfidel vorgestellt. Man schaffe es nicht, dieses Zusatzprogramm auf alle Einrichtungen auszurollen. Es gebe Einrichtungen, welche viele Angebote im Sportbereich hätten und diese werden das Programm nun anbieten. Man könne das Seesternchen absolvieren. An der Turni-Tobe-Halle hätten über 1000 Kinder teilgenommen. Bezüglich des Qualitätsmanagement-Prozesses komme man im Frühjahr 2025 ins Gremium. Es werde derzeit die Nachfolge von Frau Eisenmann, welche in diesem Projekt tätig war, gesucht und dann werde das Thema wieder verstärkt angegangen.

Stadtrat Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass eine zielgerechte Bedarfsplanung schwierig sei. Umso schöner sei es, dass die gezeigten Statistiken Hoffnung machen und zeigen würden, dass man auch in Zukunft ausreichend Plätze zur Verfügung habe. Er bedankt sich bei der Verwaltung und dem Kita-Personal. Die 19 Millionen seien im Verhältnis zu anderen Kommunen herausragend. Es sei das Ziel, die Bildung vor die Klammer zu setzen, weshalb dies sehr begrüÙt werde. Bei der städtischen Ausbildungsplatzbörse seien die Kindergärten stiefmütterlich behandelt worden. Die Stadt habe bei der Messe die Erzieherausbildung so integriert, dass sie kaum sichtbar gewesen sei. Der Stand des kirchlichen Träger sei so weit hinten gewesen, dass sich niemand dorthin verirrt habe. Er regt an, einen zentralen Stand zu machen – gemeinsam mit den kirchlichen Trägern und dem St. Loreto - um einen Anziehungspunkt zu schaffen. Man werde der Vorlage selbstverständlich zustimmen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass notiert wurde, dass ein Schwerpunkt gemacht werden könne. Er sei der Meinung, dass auch das St. Loreto diesen Vorschlag begrüÙen würde. Er sei regelmäßig beim St. Loreto und es habe sich bewährt, dass eng zusammengearbeitet werde.

Stadträtin Heusel/SPD bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Die Stadt Schwäbisch Gmünd habe, was die Kinderbetreuung angehe, ihre Hausaufgaben gemacht. Es sei viel in den letzten Jahren passiert. Es freue sie, dass man mit Frau Bihlmaier eine Nachfolgerin für Frau Stöckle gefunden habe, die die Aufgabe genauso ernst nehme und engagiert angehe. Die Quote werde erfüllt, was sehr erfreulich sei und ebenso erfreulich sei, dass sich die CDU-Fraktion so hinter die Kinderbetreuung stelle und sich dafür einsetze. Sie fragt, ob bei den 160 Bedarfen für die U3-Betreuung in Little-Bird Mehrfachnennungen dabei oder rausgerechnet seien. Bei Neubaugebieten sei es sinnvoll, bei größeren Gebieten einen Kindergarten mitzudenken. Sie fragt, wie es mit der Versorgung von Kindern mit Handicaps aussehe und wie es mit Kindern mit besonderen Bedarfen weitergehe. Sie halte die Kooperation mit Sportvereinen für

sehr gelungen, möchte aber wissen, wie es faktisch aussehe. Zum Beispiel interessiere sie, wie oft die Kinder dorthin gehen. Sie fragt, ob es im Bereich der frühmusikalischen Erziehung eine Kooperation mit der Musikschule oder mit Musikvereinen gebe. Was die Personalsituation angehe, könne man seit 2007 eine Verdopplung der Fachkräfte verzeichnen, was eine große Herausforderung sei und auch bleiben werde. Sie sei gespannt, wie sich der Erprobungsparagraph auswirken werde, worüber man in circa einem halben Jahr nochmals sprechen könne. Sie sehe die 19 Millionen als Chance für Bildungsgerechtigkeit und letztendlich auch für eine Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts, da Kinderbetreuung einen harten Standortfaktor darstelle. Man gebe das Geld gerne für die Kinder und Familien aus und hoffe, dass man auch in Zukunft engagiert dranbleibe und dieses Angebot weiterhin ausbaue.

Herr Arnholdt antwortet, dass man als Elternteil einen Bedarf anmelde und Plätze priorisiere. Dann dauere es eine gewisse Zeit bis sich die Einrichtung zurückmelde und eine Platzzusage erteile. Die 160 Bedarfe seien eine Momentaufnahme und es könne in einem Monat schon wieder ganz anders aussehen. Es sei ein komplexes System, was aber im Moment gut funktioniere. Man sei im grünen Bereich, jedoch bezogen auf das gesamte Stadtgebiet. Das Thema Platzreserve sei auch für die Verwaltung ein Herzenswunsch, da der Mangel an Plätzen eine große Herausforderung darstelle. Es würde helfen, eine Einrichtung zu haben, welche nicht immer voll belegt sei, um dort eine zentrale Reserve zu haben. Man sei bei künftigen Neubaugebieten auf einem guten Weg, die Thematik der Kinderbetreuung immer miteinzubeziehen. Beim Thema Inklusion sei die Stelle des Fachdienstes mit 50 % besetzt und sei bemüht, auch den Rest der Stellen zu besetzen und man sei auch zuversichtlich. Aus seiner Sicht habe man bei der Stadt in diesem Bereich nicht genug Stellen zur Verfügung. Man habe ein Konzept erarbeitet, um hier mehr Angebote zu schaffen. Das Thema Sport sei ganz unterschiedlich in den Einrichtungen verankert und genauso gestalte es sich mit der frühmusikalischen Erziehung. Dies richte sich nach dem Profil des jeweiligen Hauses. Es müsse beim Erprobungsparagraph und auch beim Direkteinstieg ein Konzept dahinterstecken, weshalb die Umsetzung noch etwas Zeit in Anspruch nehme. Die Akzeptanz in den Häusern müsse zuerst sichergestellt werden. Das Problem des Fachkräftemangels sei also nicht in wenigen Wochen gelöst. Man könne voraussichtlich in circa einem halben Jahr darüber berichten.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. schließt sich seinen Vorrednern an und bedankt sich für den Vortrag. Die Fraktion werde der Bedarfsplanung zustimmen, da es sich um gut investiertes Geld handle. Eine Kita sei eine Bildungseinrichtung und ein wichtiger Baustein der Entwicklung. Zudem stimmt er Frau Heusel zu, dass es ein Standortfaktor sei und somit positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort habe. Er begrüße es, dass bei Neubaugebieten die Kinderbetreuung mehr beachtet werde, aber es sei wichtig, dass man die Verjüngung der Stadtteile im Blick behalte. Es sei fraglich, ob die Sanierung des St. Kolomans die richtige Lösung sei und ob dies nachhaltig sei. Die Frage werde im Ortschaftsrat nochmals intensiv diskutiert. Das Thema des heilpädagogischen Fachdienstes müsse weiterhin aufgebaut werden und es sei wichtig, dass die übrigen 100% noch besetzt werden. Für die Einrichtungen und die Familien sei die Expertise wichtig und er fragt sich, wie der Zeithorizont hier aussehe.

Herr Arnholdt antwortet, dass ausgeschrieben werde und man auf eine schnelle Besetzung hoffe.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Präsentation. Der Erprobungsparagraph helfe ein Stück weit, man solle aber auch ein Auge auf den Qualifi-

kationen haben. Sie fragt, ob ausreichend dafür getan werde, dass nicht deutschsprachige Kinder in den Kindergarten gehen. Auch das Thema Sprachförderung solle neu aufgegriffen werden. Sie fragt, ob man hierfür noch mehr tun müsse und ob es Fördermöglichkeiten gebe.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass die Appelle immer gemacht, jedoch nicht immer Erfolg zeigen würden. Es berichtet, dass er mit dem Kollegen aus Kopenhagen über dieses Thema gesprochen habe. Das Kindergeld in Kopenhagen betrage zwischen 400 Euro und 500 Euro. Dort werde das Kindergeld restlos gestrichen, wenn eine Familie ihr Kind nicht in den Kindergarten schicke. Man komme mit den Appellen nicht mehr weiter. Jeder wisse, dass Kinder spätestens, wenn sie in die Schule kommen, Deutsch können müssen. Dies sei ein Problem, welches auch andere Länder hätten.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. fragt, wie viele Kinder in Schwäbisch Gmünd nicht in den Kindergarten gehen würden.

Herr Arnholdt antwortet, dass diese Zahl nicht erhoben wurde. Es gebe lediglich einen Rechtsanspruch, aber keine Pflicht, einen Kindergarten zu besuchen. Über das „Sprachfit-Programm“ sei schulgesetzlich geregelt, dass bereits im Vorschulbereich eine Anwesenheit vorausgesetzt werde. Das Thema Sprachförderung werde ernst genommen und im Alltag auch betrieben. Schwierig sei beispielweise, wenn die Kinder zuhause nicht deutsch sprechen würden.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste schließt sich ihren Vorrednern an und bedankt sich für den Vortrag. Sie lobt die tätigen Fachkräfte und erkenne eine deutliche Verbesserung im Betreuungsbereich in Bezug auf die Angebote, welche es dort gebe. Die 19 Millionen seien gut investiertes Geld in die Erziehung der Kinder und seien auch wichtig für den Wirtschaftsstandort. Die Fraktion stimme zu.

Stadtrat Schneider/Die Linke äußert, dass es ihn freue, dass es so viele Angebote im Bewegungsbereich geben würde. Die Turni-Tobe-Halle würde er sehr unterstützen und dies solle auch weitergeführt werden. Einige Erzieherinnen und Erzieher hätten ihn darauf angesprochen, dass die Busfahrten selbst bezahlt werden müssten. Dies sei zu teuer. Wenn Kinder unter sechs Jahren mit ihren Eltern Bus fahren würden, koste es nichts. Hier sollte man dafür sorgen, dass Kinder unter sechs umsonst fahren könnten. Auf der Übersicht in der Präsentation „Kindergarten Sportverein“ würden zwei Kooperationen fehlen. Hierbei handle es sich um den Kindergarten St. Koloman und die Kinderinsel Rehnenhof.

Oberbürgermeister Arnold sagt, dass man den Punkt bezüglich der Busfahrten aufnehmen und prüfen werden. Er schließt den Tagesordnungspunkt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ – Innovative Mobilität
Vorlage: 062/2024

Protokoll:

Frau Galagorri präsentiert den Sachverhalt. (siehe Anlage)

Stadtrat Barth/CDU bedankt sich für den Vortrag und fragt, mit welchem Zeitraum gerechnet werde, bis man verlässliche Daten vorliegen habe und man auch auf Verkehrsfluss schließen könne. Er fragt sich, was man beispielsweise aus den Daten am Rathaus schließe.

Frau Galagorri antwortet, dass mehr Daten ausgelesen werden könnten, wenn der Zeitraum länger sei. Am Rathaus sei nicht nur interessant, die Personen zu erfassen, sondern auch die Beobachtung des Lieferverkehrs oder die Erhebung, wie viele Fahrräder oder Autos den Marktplatz kreuzen.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen fragt, wie lange es dauere bis die anderen sieben Standorte bestückt würden. Sie habe den Eindruck, es sei ein sehr langwieriger Prozess und man müsse ja irgendwie weiterkommen.

Frau Galagorri führt aus, dass die Stelle nicht besetzt war und deshalb die Prozesse etwas länger gedauert hätten. Das Projekt solle noch dieses Jahr umgesetzt werden.

Stadtrat Beck/SPD fragt, ob auch Ergebnisse für die Geschäfte und die Gastronomie entstehen würden und wie diese Ergebnisse aussehen würden. Zudem fragt er, was dieses Projekt koste und ob schon Geld ausgegeben worden sei.

Frau Galagorri antwortet, dass für die Gastronomie und den Einzelhandel Linien gezogen werden würden, welche erfassen würden, wie viele Personen diese überschreiten. Dies sei gerade für die Wirtschaftsförderung wichtig, die so erheben könne, wie die Frequenzen in den Läden seien.

Herr Groll erläutert, dass ungefähr 220.000 Euro für den Block der Mobilität vorgesehen seien. Ein großer Block sei das Leerstandsmanagement gewesen und ein weiterer die grüne Urbanität. So verteile sich eine große Summe auf mehrere Bereiche.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. führt aus, dass er bereits drei Mal eine Anfrage gestellt habe. Es gehe um den Etat, welches für das ZIZ-Programm verfügbar sei. Er wünsche eine Aufstellung, was an Gesamtvolumen da gewesen und was bereits an welche Bereiche abgeflossen sei. Er sei der Meinung, dass man nicht nur Zahlen erheben sollte, sondern Angebote schaffen solle. Er frage sich in Bezug auf die Bürgerversammlung in der Südstadt, wie es mit der Fahrradstraße weitergehe.

Oberbürgermeister Arnold sagt, dass man den letzten Punkt am 8. Mai vorstelle und erst dann wisse man, wo man stehe und könne dann eine Aufstellung liefern. In der Südstadt sei das Vorgehen zur Fahrradstraße besprochen worden. Man müsse die Bürger miteinbeziehen und es müsse entsprechend aufbereitet werden, dass man die 90 % Förderung erhalte. Am Ende wäge der Gemeinderat ab und treffe die Entscheidung.

Frau Galagorri führt aus, dass man noch nicht genug Daten erhoben habe. Man habe lange keine Daten aufgenommen und sei in einem Rückstau, was Erhebungen angehe. Man habe nun zehn Kameras, die der Stadt Schwäbisch Gmünd gehören.

Diese würden an den Orten installiert werden, könnten aber auch jederzeit umgehängt werden. So könnte man beispielsweise auch die thematisierte Fahrradstraße beobachten und erheben, wie das Angebot angenommen werde.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass einmal davon gesprochen werde, dass es Umfrageterminals gebe und dass es Bildkameras gebe. Im Stadtplan sei nicht erkennbar gewesen, wo diese Geräte installiert werden sollten. Man solle erkennen, wo sie installiert werden und was diese erfassen sollten. Zudem frage sie sich, wie genau beispielsweise die Personen erkannt werden würden und wie lange die erhobenen Daten gespeichert werden sollten. Sie fragt, wann die Umfragen durchgeführt werden würden.

Frau Galagorri erklärt, dass es zehn sensorbasierte Kamerasysteme gebe, welche in der Stadt aufgehängt werden würden und Daten erfassen. Die Umfrageterminals seien etwas Anderes. Am 9. November 2023 sei ausführlich darüber berichtet worden, wo die Terminals und Kameras aufgehängt werden würden. In dieser Vorlage sei auch das Thema Datenschutz beleuchtet worden, welcher selbstverständlich abgedeckt sei. Die Umfrageterminals würden beispielsweise an Ampeln aufgehängt worden und dort seien dann unterschiedliche Fragen abrufbar.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste fragt, ob man von der abgeschlossenen ÖPNV-Kampagne ein Zwischenfazit erhalten würde.

Oberbürgermeister Arnold sagt, dass es ein Zwischenfazit gebe, welche miteinbezogen werde. Die Kampagne sei erfolgreich gewesen aber man habe heute keine Zahlen dabei. Diese würden nachgereicht werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 11
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 5 Anfragen

Protokoll:

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: